

<b>zu Top 8:</b>	<b>Kreisfond – eigenbestimmtes Leben (Verhütung); hier: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 9.1.2010</b>
------------------	---

Herr Greve führt kurz in den TOP ein und weist auf das Vorliegen eines Antrages der SPD-Fraktion zu diesem TOP hin (Anlage III).

Anschließend erläutert Herr Birkner die Verwaltungsvorlage. Herr Birkner weist darauf hin, dass das Eckpunktepapier der Verwaltung unter dem Punkt „Personenkreis“ dahingehend abgeändert wird, dass die Formulierung „ab dem 21. Lebensjahr“ durch die Formulierung „nach Vollendung des 20. Lebensjahres“ ersetzt wird.

Herr Tomaschewski teilt mit, dass die CDU-Fraktion mit Punkt 1 des SPD-Antrages einverstanden ist. Dem Punkt 2 des Antrages kann aufgrund der angespannten Finanzlage des Kreises derzeit durch die CDU-Fraktion nicht zugestimmt werden. Herr Tomaschewski schlägt vor, die Beschlussfassung im Kreistag bis zur Beratung des Haushaltes 2011 zurückzustellen.

Herr Siegel weist darauf hin, dass der Beratungsgegenstand grundsätzlich Angelegenheit des Bundes ist. Auch die FDP-Fraktion spricht sich für eine Einbeziehung des TOP in die Haushaltsberatung 2011 aus.

Frau Obiray dankt der Verwaltung für die Vorlage. Sie sieht die Notwendigkeit, dass trotz der angespannten Haushaltslage mit dem Projekt am 01.10.2010 begonnen wird. Auch Herr Greve spricht sich für einen Beginn der Maßnahme zu diesem Zeitpunkt aus. Aufgrund des Nachhaltigkeitsprinzips sollten bereits in diesem Jahr Haushaltsmittel für die Empfängnisverhütung zur Verfügung gestellt werden. Er drückt sein Bedauern darüber aus, dass sich die Fraktionen von CDU und FDP nun nicht mehr für eine kurzfristige Mittelbereitstellung aussprechen.

Herr Tomaschewski weist darauf hin, dass auch die CDU-Fraktion die Maßnahme grundsätzlich befürwortet. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es dem Kreis Ostholstein jedoch nicht möglich, zusätzliche Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen.

Herr Breitner hält die Maßnahme grundsätzlich für sinnvoll. Es ist jedoch nicht Sache der Bundesländer und der Kommunen, Aufgaben des Bundes freiwillig zu übernehmen. Die Auswirkungen der Sparbeschlüsse der Landesregierung bleiben zunächst abzuwarten.

Herr Sager befürwortet, dass dieses Thema so ernst und tiefgründig diskutiert wird und dankt den Beratungsstellen für die gute Zusammenarbeit. Jedoch gibt der Landrat zu bedenken, dass zum jetzigen Zeitpunkt keine freiwilligen Aufgaben durch den Kreis übernommen werden können. Andernfalls rechnet der Landrat mit entsprechenden Sanktionen des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holsteins gegen den Kreis Ostholstein. Auch Herr Sager spricht sich für eine Zurückstellung bis zur Haushaltsberatung 2011 aus.

Im Anschluss stellt Herr Greve den Antrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung. Über den Antrag wird wie folgt abgestimmt:

3 Ja-Stimmen und 8 Nein-Stimmen.

**Damit ist der Antrag abgelehnt.**

Frau Zimmerler schlägt anschließend vor, dass Eckpunktepapier der Verwaltung zur Beschlussvorlage zu erheben und darüber zu beschließen.

Über das Eckpunktepapier wird wie folgt abgestimmt:

4 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung.

**Damit ist der Antrag abgelehnt.**

Anschließend stellt Herr Tomaschewski folgenden Antrag:

**Der Ausschuss begrüßt die Darlegung der Verwaltung in der Vorlage vom 20.05.2010 mit der aufgezeigt wird, wie ab 01.10.2010 auch im Kreis Ostholstein die Übernahme von Kosten der Familienplanung für einen erweiterten Personenkreis möglich gemacht werden kann.**

**Im Hinblick auf die derzeitige Finanzsituation und der mit der Wirtschaftskrise verbundenen Verschlechterung der Finanzlage des Kreise, wird der TOP bis zur Haushaltsberatung 2011 zurückgestellt.**

Über den Antrag von Herrn Tomaschewski wird wie folgt abgestimmt:

6 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung.